

Zeitschrift:	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber:	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band:	48 (1954)
Heft:	8-9
Artikel:	Weltrundschau : Götzendämmerung? ; Das "neue" Indochina ; Amerika in Ostasien ; Von Goa bis Fez ; Amerikanisch-westdeutsche Militärallianz? ; Welch eine Wendung...! ; Treibende Kräfte ; Deutschland in Europa ; Zweierlei Pazifismus ; Vom Friede schaffen
Autor:	Kramer, Hugo
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-139929

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

einzigsten Fundaments, eben der EVG, beraubt. Die christlichen Bürger tobten wutentbrannt gegen Sozialisten, Freimaurer und Nationalisten, die nicht begreifen wollten, was ihnen zum Frieden diente.

Die Schuldigen sind also schon gefunden; es sind, wie immer, «die andern». Da ist kein christlicher Politiker, der sich an die Brust schläge: Nostra culpa, nostra maxima culpa! O nein, sondern den reinen Retter Parzival, den großen Adenauer, hat blinder Haß zu Fall gebracht: Haß der Antichristen, Haß der Sozialisten, Haß der Götzendiener. «Alles Dummköpfe und Verräter», die sich gegen den durch die christliche Politik repräsentierten Herrn Jesus Christus verschworen haben, angeführt von Herrn Mendès-Moscou, wie der christkatholische Leitartikler der «Deutschen Tagespost» (Regensburg) so liebend sagt.

Es war vorauszusehen, daß eine gesunde europäische Politik ganz zuletzt durch das todkranke, schizophrene Deutschland eingeleitet oder geführt werden konnte, es sei denn, dieses Deutschland hätte sich in der Heimsuchung «bekehrt». In Wahrheit hat dieses christliche Deutschland sich verstockt und – das Kreuz verworfen. So konnte seine «christliche Politik» nur Selbstbetrug sein und mußte mit innerer Notwendigkeit scheitern.

Georg Heidingsfelder

WELTRUNDSCHAU

Götzendämmerung! Unsere Berichtszeit umfaßt diesmal zwei Monate. Das ist doppelt viel angesichts der Fülle wichtiger Ereignisse, die sich in dieser Zeit auf der Weltbühne abgespielt haben. Ich glaube sogar, es sind diesmal wirklich entscheidende Dinge, die da geschehen sind und weiter geschehen. Wenn die Anzeichen nicht sehr trügen, vollzieht sich jetzt nichts anderes als eine fortschreitende Selbstenthüllung des verhängnisvollen Charakters der amerikanischen Weltpolitik, verbunden mit ihrer zunehmenden Ablehnung, ja Verurteilung durch die Völker. Schon im Frühjahr und Frühsommer erschreckten die amerikanischen Experimente mit der Wasserstoffbombe die ganze Welt. Dann sickerte durch, daß Amerika bereits im Begriffe stand, Atombomben in Indochina einzusetzen, und nur durch das klare Veto Englands von diesem Schritt abgehalten wurde, der wahrscheinlich – über China – einen dritten Weltkrieg entfesselt hätte. Es folgte die politische Niederlage der USA an der Genfer Konferenz, also der vorläufige Friedensschluß in Indochina gegen den Willen Amerikas, über den sich vorab Frankreich unter seiner neuen Regierung tapfer hinwegsetzte. Die amerikanischen Bemühungen, dafür Revanche durch ein her-

ausforderndes Auftreten im übrigen Ost- und Südostasien zu nehmen, stoßen ebenfalls auf wachsenden Widerstand. Die meisten asiatischen Völker wollen nichts von einem gegen China gerichteten Militärpakt wissen. Selbst Japan strebt aus seiner Satellitenstellung heraus, eingedenk seiner Abhängigkeit von den Ländern des asiatischen Festlandes. Das Bündnis Amerikas mit den Regierungen Südkoreas und Formosas, die ganz offen zum Krieg treiben, erfährt in der ganzen Welt ebenso deutliche Verurteilung wie die sture Weigerung der USA, von der Existenz «Rotchinas» Kenntnis zu nehmen und ihm seinen Platz unter den «Vereinten» Nationen zuzugestehen. Zwischenhinein kam der schmähliche Feldzug Amerikas gegen Guatemala, dessen kapitalistisch-imperialistische Hintergründe aller Welt klar waren. Es bedurfte nur der scharfen Erhöhung der amerikanischen Uhrenzölle – einer Maßnahme «von äußerster Rücksichtslosigkeit und Unbilligkeit», wie selbst die «Neue Zürcher Zeitung» schrieb –, um auch in der Schweiz die amerikagegnerische Stimmung in geradezu explosiver Art zum Ausdruck kommen zu lassen, und zwar nicht nur mit Bezug auf die amerikanische Handelspolitik, sondern in der Beurteilung der ganzen Weltpolitik der Vereinigten Staaten*, und nun kommt zu schlimmer Letzt auch noch der Zusammenbruch der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» an der Konferenz von Brüssel und in der französischen Nationalversammlung – vielleicht die schwerste Niederlage, die die amerikanische Politik in den vergangenen Monaten erlitten hat, offenbart sie doch endgültig, daß Frankreich für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands zum Kampf gegen die Sowjetunion nicht zu haben ist und daß damit eine der wichtigsten Stützen der amerikanischen «Befreiungspolitik» gegenüber Osteuropa ausfällt. Ist das alles zusammengenommen der Anfang vom Ende der amerikanischen Droh- und Gewaltpolitik, die aufs unverantwortlichste mit dem Krieg spielt? Oder reizt es Amerika erst recht zu einer «Kurzschlußhandlung», die die Katastrophe doch bringt, sofern England, Frankreich und Indien nicht noch rechtzeitig das Steuer des USA-Wagens herumreissen und den Sturz in den Abgrund verhindern können***?

* Sogar der Zentralvorstand des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, also des am weitesten rechtsstehenden von den großen Gewerkschaftsverbänden unseres Landes, prophezeite: «In Zukunft müssen noch mit allen Mitteln die Konkurrenten, so klein sie auch sein mögen, aus dem Feld geschlagen werden, wenn sie nicht bereits wie ein Sandkorn von der Dampfwalze der amerikanischen Wirtschaft erdrückt worden sind.»

** Daß man sich in den Vereinigten Staaten selbst recht klar von der wachsenden Isolierung Amerikas Rechenschaft gibt, zeigt der Spaltenartikel in «USA News & World Report» vom 20. August, der mir vor Augen kam, nachdem das Obige bereits geschrieben war. «Freunde und Verbündete der USA», so heißt es hier resigniert, «lassen sich auf ein „friedliches Zusammenleben“ mit dem Kommunismus ein, ob die USA das gern haben oder nicht...». England, der Verbündete Nr. 1 Amerikas, billigt die Reise seiner führenden sozialistischen Politiker nach der Hauptstadt des kommunistischen China und begrüßt eine andere Reise von Konservativen wie von Sozialisten nach der Hauptstadt des kommunistischen Rußland. Japan setzt sich öffentlich für ungehemmte Han-

Das „neue“ Indochina

Und nun zu den einzelnen Schauplätzen des Weltgeschehens. Das immer massiver gewordene Eingreifen der Vereinigten Staaten in Indochina hat nun also seinen Zweck vorläufig gänzlich verfehlt. Der Waffenstillstand, der auf Grund der Genfer Verhandlungen abgeschlossen wurde, hat zwischen dem 27. Juli und dem 11. August zur Einstellung der Feindseligkeiten in allen Teilen des Landes geführt, unter Bedingungen, die Amerika entschieden ablehnte, gegen deren Durchführung es aber nichts unternehmen zu wollen erklärt hat. Dem Mut des neuen französischen Ministerpräsidenten Mendès-France, der die Lage in Indochina endlich tatsächlichengemäß zu beurteilen wagte, kommt, wie allgemein anerkannt wurde, ein Hauptverdienst an dieser glücklichen Wendung zu. Aber nicht vergessen sei, daß der Vietminh und seine chinesischen und russischen Verbündeten in einer Lage, aus der sie viel mehr hätten herausholen können, als sie es tatsächlich taten, eine Mäßigung bewiesen, die all die Behauptungen von der «rücksichtslosen Unersättlichkeit der kommunistischen Welteroberer» Lügen strafft. Wenn das überhaupt möglich wäre, so würden sich jetzt die Westmächte schämen, deren ganze Politik ja darauf ausgeht, eine militärisch-politische Lage zu schaffen, von der aus sie den kommunistischen Staaten ihren Willen hundertprozentig aufzwingen könnten! Ganz Frankreich atmete immerhin auf, als «Ende Feuer!» in diesem siebenjährigen Kolonialkrieg kommandiert wurde, der das Expeditionskorps 92 000 Menschenleben (darunter 19 000 französische) und die Französische Republik 2385 Milliarden Francs gekostet hat. Aber ist nun die friedliche Entwicklung Indochinas wirklich gesichert? Hat Frankreich wirklich auf Indochina verzichtet? Und haben auch die Vereinigten Staaten Indochina abgeschrieben? Das ist ganz und gar nicht sicher!

Wohl ist im Norden Vietnams ein selbständiger, vom Vietminh regierter Staat geschaffen worden, aber sowohl Südvietnam als Laos (mit Ausnahme zweier Provinzen) und Kambodscha bleiben eng mit Frankreich verbunden. In allen drei Staaten dürfen weiterhin französische Truppen stationiert sein, wenn auch in begrenzter Stärke, und obschon Frankreich sich im Waffenstillstandsabkommen verpflichtet, die Unab-

delsbeziehungen mit China und Rußland ein. Südostasien ... zieht den Neutralismus eines ‚friedlichen Zusammenlebens‘ dem Zusammenschluß mit Amerika zu einem Verteidigungspakt vor. Dänemark rückt von der Last der Verteidigung des Nordatlantiks ab, will die Militärdienstzeit herabsetzen und verweigert den Alliierten Luftstützpunkte ... In Paris geht der Kurs ganz ähnlich ebenfalls auf ‚friedliches Zusammenleben‘. Versöhnung mit Rußland wird als ein Hauptpunkt der französischen Politik vorgeschlagen ... In Bonn sind die Anhänger von Kanzler Adenauer in Sorge. Das Echo des Falles Otto John ... hat das Vertrauen in die Regierung Adenauer erschüttert ... Die Gefahr ist, daß der Fall Otto John nicht nur Adenauer diskreditiert, sondern mit ihm auch seine amerikafreundliche Politik.» Heilsame Einsichten – wenn sie in Washington zu einer realistischen Beurteilung der Weltlage und der Möglichkeiten der USA-Politik führen!

hängigkeit der drei Länder zu achten, so weiß man ja, wie oft Frankreich schon bisher diese Verpflichtung eingegangen ist – und sie nie gehalten hat. In seinem 1953 erschienenen Buch «North from Malaya» schrieb der amerikanische Bundesrichter Douglas unverblümt:

«Frankreich hat Vietnam niemals volle Unabhängigkeit angeboten ... Mitgliedschaft in der Französischen Union ist weder mit Unabhängigkeit noch mit Bundesstaatlichkeit noch mit Dominionstellung vereinbar. Die nackte Wahrheit ist, daß die Französische Union ihrem Wesen nach kolonial ist ... Die Sache des freien Asiens verlangt die vollständige Liquidation der politischen Herrschaft Frankreichs ... Wenn Frankreich heute verkündete, und zwar mit Worten, die keinerlei Zweideutigkeit zulassen, daß Vietnam die Stellung eines Dominions erhalten werde ..., so würden sich die Probleme Vietnams allmählich von selber lösen. Weigert sich aber Frankreich, dieses Versprechen abzugeben, dann vermag keine militärische Maßnahme den Zerstörungsprozeß aufzuhalten, der in dem Lande im Gange ist.» (Seiten 209/10.)

Das war vor mehr als einem Jahr geschrieben. Aber auch heute, nach dem militärischen Zusammenbruch Frankreichs in Indochina, hat Frankreich keinerlei solches Versprechen abgegeben. Mendès-France hat (am 21. Juli d. J.) sogar ausdrücklich gesagt, Frankreich habe den Waffenstillstand unter Bedingungen geschlossen, «die es Frankreich erlauben, seine Rolle im Fernen Osten im Frieden weiter zu spielen». Und General Ely, der Oberkommandierende der französischen Streitkräfte in Indochina, erließ am 22. Juli einen Tagesbefehl, in dem er den eingeborenen Soldaten versprach, die französischen Kameraden würden «im Frieden wie im Krieg» an ihrer Seite bleiben. Offenbar spekuliert man in Frankreich darauf, daß die weitere Anwesenheit Frankreichs in Indochina mit amerikanischer Hilfe Bedingungen schaffen werde, die nach den Wahlen von 1956 (wie sie nach dem Genfer Vertrag in allen Staaten Indochinas stattfinden sollen) eine Vereinigung des ganzen Landes unter französischem Protektorat ermöglichen würden. Aber das wäre sicher falsch gerechnet. Frankreich würde, wenn es darauf hinarbeitete, nicht Indochina zurückgewinnen, sondern es vollends ganz verlieren, und Douglas bekäme recht, wenn er die endgültige Zersetzung des Landes (soweit Frankreich darüber irgendwie verfügt) voraussagt. Schon jetzt berichtet die amerikanische «United Press» (10. August), daß «die ganze Struktur des vietnamesischen Staates, darunter auch der Nationalarmee, vor einem Zusammenbruch oder langsamen Zerfall steht». Und ein Korrespondent des Pariser «Observateur» in Saigon schreibt (Nr. vom 12. August):

«Seit Genf ist der moralische Sieg Ho Chi-Minh's (des Führers der Kommunisten in Nordvietnam. H. K.) unermesslich, und er versäumt keine Gelegenheit, ihn aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Schon jetzt funktionieren in mehreren Dörfern des Südens Ho-Chi-Minh-Verwaltungen parallel zur Verwaltung Diem und oft leistungsfähiger als diese. Schon jetzt bereitet die Regierung Ho Chi-Minh die Wahlen vor, und schon jetzt zweifelt niemand mehr, weder in Saigon noch in Hanoi, an seinem Erfolg. Jeder Versuch, im Süden ein antikommunistisches Zentrum zu bilden, das sich auf das Volk stützen könnte, scheint bereits heute zum Mißerfolg verurteilt.»

Amerika in Ostasien Auch eine allfällige Absicht der Amerikaner, sich in Indochina an die Stelle der Franzosen zu setzen (so wie sie sich in Indonesien an die Stelle der Holländer, in Persien, Irak, Ägypten usw. an die Stelle der Engländer gesetzt haben oder setzen wollen), wird scheitern. Ihre letzte Chance dürfte die geplante Aktion zur Rettung von Dien Bien Phu gewesen sein. Aber die wurde ihnen gründlich verdorben. Es verdient auch nachträglich festgehalten zu werden, was sich damals abgespielt hat, weil es zeigt, welch verheerender Unternehmungen die Vereinigten Staaten fähig sind, wenn man ihnen nicht rechtzeitig in den Arm fällt. In der «Nation» (17. Juli) schreibt Edgar Kemler unter anderem:

«Es liegt immer noch etwas Außergewöhnliches und Unwirkliches über dem jetzt außer Kurs gesetzten Plan Admiral Radfords (des Präsidenten der Vereinigten Stabschefs der amerikanischen Wehrmacht. H. K.) für ein amerikanisches Eingreifen in Indochina. Wenn man ihn aus nichtamtlichen Indiskretionen – denn die amtliche Darstellung ist noch nicht veröffentlicht worden – stückweise zusammensezt, so liest er sich wie ein Kapitel aus einer Spukgeschichte von H. G. Wells.

Zwei Flugzeugträger, ‚Essex‘ und ‚Boxer‘, wurden in den Golf von Tongking beordert; Langstreckenbomber auf den Philippinen und auf Okinawa waren kampfbereit. Am Morgen des 28. April sollten 500 Flugzeuge taktische Atombomben auf die Vietminh-Truppen abwerfen, die die Festung Dien Bien Phu belagerten. Wenn der erste Schlag, wie wahrscheinlich, die Belagerung nicht gebrochen hätte, sollten weitere folgen. Und wenn die folgenden Angriffe die Rotchinesen offen in den Krieg hineingerissen hätten, was gleichfalls als wahrscheinlich erachtet wurde, dann hätte das amerikanische Atombomben-Arsenal gegen Peking eingesetzt werden sollen. Dieser letzte Fall war ein alter Lieblingsgedanke Radfords. Vor zwei Jahren hatte er einem Parlamentsausschuß erklärt, Rotchina müsse vernichtet werden, selbst um den Preis eines fünfzigjährigen Krieges auf dem asiatischen Festland. Radford hat nie das Signal für die Verwirklichung seines strategischen Planes bekommen. Fast einen Monat lang – vom 3. bis 25. April – kämpfte er dieses Frühjahr fast verzweifelt darum. Aber weder der Präsident noch die Bundesversammlung noch die Engländer, ja nicht einmal die Franzosen, von denen der Plan offensichtlich ausgegangen war, waren bereit, die Verantwortung mit ihm zu teilen.»

Claude Bourdet gibt im «Observateur» (5. August) auf Grund von Informationen, die er selbst in Amerika gesammelt hat, eine ganz ähnliche Darstellung. Danach setzte sich auch Außenminister Dulles für den Plan Radfords ein. Der Einspruch Churchills vereitelte zunächst dessen Durchführung. Aber der französische Außenminister Bidault griff die Idee anlässlich einer NATO-Konferenz in Paris am 23./24. April neuerdings auf und bestätigte Radford, daß 500 amerikanische Bomber Dien Bien Phu retten könnten. Dulles erklärte, wenn die Verbündeten einverstanden wären, würde der Präsident die Zustimmung der amerikanischen Bundesversammlung am 26. April verlangen, und der Angriff könnte dann am 28. April ausgeführt werden. Eden erhob Bedenken; es handle sich hier doch um einen sehr ernsten Entscheid, der einer Kriegserklärung gleichkomme. Und am 28. April lehnte das britische Kabinett jede Beteiligung an dem Atombombenangriff ab, womit der Plan Radford-Dulles erledigt war.

Die Welt wußte in jenen Tagen nicht, daß sie knapp an einem dritten Weltkrieg vorbeigegangen war. Offenbar hatte aber Bevan, der Führer der Labourlinken, von dem verbrecherischen Plan Wind bekommen; sein brüskes Auftreten gegen ein britisch-amerikanisches Eingreifen in Indochina vor dem Unterhaus, am 16. April, gefolgt von seinem Rücktritt aus dem Parteivorstand, würde sich so zwanglos erklären. Und wahrscheinlich trug Bevans Haltung nicht wenig zu dem Veto Churchills bei, der mit Recht eine Revolte der Labourpartei fürchtete.

Noch heute wird es einem unheimlich zumute, wenn man an diese Vorgänge zurückdenkt. So wird heute große Weltpolitik gemacht! Nun, Dulles und Radford sind für einmal zurückgebunden; aber wer gibt uns Gewähr, daß sie nicht noch einmal ihren Willen haben werden? In Amerika arbeitet ja eine ganz mächtige Gruppe im gleichen Sinn; Senator Knowland, der Führer der Republikanischen Regierungspartei im Senat, Alt-Botschafter Bullitt und andere, natürlich auch immer noch General MacArthur und sein großer Anhang predigen unermüdlich die Ausnützung der «nächsten kommunistischen Aggression» für einen «massiven Angriff mit H-Bomben auf die atomischen Produktionszentren der Sowjetunion». Und General Clark, der frühere Oberkommandierende in Korea, forderte neuerdings einen regelrechten Präventivkrieg gegen die Sowjetunion und China, andauernd aufs lebhafteste unterstützt von Chiang Kai-Shek, dem Chef der Formosa-Regierung, und von Syngman Rhee, dem südkoreanischen Präsidenten, der sogar eigens nach Amerika flog, um dort für seine Idee zu werben.

Präsident Eisenhower hat all diesen Kriegstreibern zwar bisher die kalte Schulter gezeigt und sogar demonstrativ den Rückzug von vier amerikanischen Divisionen aus Korea angeordnet. Aber wie gespannt die Atmosphäre in Ostasien dennoch bleibt, zeigen die Flugzeugzwischenfälle, die sich neuerdings in der Gegend von Formosa ereignet haben und die, wenn auch nicht mit gleicher Schwere, schon seit Monaten im Raum zwischen Korea und Indochina an der Tagesordnung sind. Solange die Vereinigten Staaten die Formosa-Regierung militärisch schützen und unterstützen, solange sie China boykottieren und bedrohen, solange sie Südkorea durch ihre ganze fernöstliche Gewaltpolitik tatsächlich ermutigen, auch wenn sie von den ärgsten Hetzereien seiner Regierung öffentlich abrücken – so lange bleibt Ostasien ein Pulverfaß, das beim geringsten Anlaß in die Luft fliegen kann.

Dulles und seine Generäle und Admirale haben noch lange nicht die Waffen gestreckt! Sie sind nur vorsichtiger geworden. Der Plan, den Washington gegenwärtig mit besonderer Hartnäckigkeit verfolgt, ist die Schaffung eines südostasiatischen «Verteidigungsbundes»; er ist jetzt immerhin soweit gediehen, daß auf den Philippinen, in Baguio, demnächst eine erste Konferenz der interessierten Regierungen stattfinden kann. Nur zeigen sich die meisten asiatischen Staaten dem «Ding» gegen-

über äußerst zurückhaltend, insbesondere Indien, Ceylon, Burma und Indonesien. Einzig Pakistan, das sich in seiner Gegnerschaft gegen Indien dem amerikanischen Einflußkreis angeschlossen hat, ferner Siam – ebenfalls ein amerikanischer Gefolgsstaat – und die Philippinen, auf denen die Vereinigten Staaten 23 Militärstützpunkte unterhalten, bekunden Sympathie für den Plan, also lauter ausgesprochen freiheitsfeindliche, reaktionäre Feudalstaaten, mit denen Amerika in seinem «Freiheitskampf» schwerlich sehr prunken kann. Ob auch Laos und Kambodscha dem Südostbund näherzutreten wünschen, ist noch nicht klar; die Genfer Verträge scheinen es nicht zu verbieten. Wie dem aber sei – auch hier winken Amerika und seiner gegenrevolutionären Machtpolitik kaum noch wesentliche Erfolge; die Vereinigten Staaten können in Asien auf dem Wege, den sie eingeschlagen haben, nur immer mehr verlieren, und Bundesrichter Douglas, dessen Buch wir vorhin zitierten, predigt höchst wahrscheinlich tauben Ohren, wenn er immer wieder verlangt, Amerika solle sich doch endlich eindeutig auf die Seite der großen Freiheitsbewegung der asiatischen Völker stellen, wenn es noch etwas von dem verlorenen Boden zurückgewinnen und «Asien vor der kommunistischen Herrschaft retten» wolle.

Von Goa bis Fez Es scheint wirklich, daß die westliche Welt, so lange sie unter kapitalistischem Regime lebt, einfach kein Verständnis für das stürmische Drängen der unterentwickelten farbigen Völker nach Licht, Freiheit und Menschenwürde aufbringen kann. Nicht einmal England, das doch – unter Labourregime allerdings – Indien und Burma freigegeben hat, hat seine Lektion recht gelernt, sonst könnte es nicht dem klerikal-imperialistischen Portugal den Rücken steifen in seinem hartnäckigen Widerstand gegen die Räumung von Goa und der übrigen kümmerlichen Reste seines asiatischen Kolonialreiches – dieser von Indien umschlossenen und zu Indien gehörigen Kleinstädtchen, in denen Portugal wirklich nichts mehr zu suchen hat. Aber Goa spielt eben offenbar mit seinem ausgezeichneten Hafen eine gewisse Rolle in den westmächtlichen «Verteidigungsplänen» gegen China und könnte vielleicht einmal noch nützliche Dienste als Militärstützpunkt im Fall eines neuen Ostasienkrieges leisten. Auch Persien lassen die angelsächsischen Mächte nicht aus der Hand. Das neue, nun endlich unter Dach und Fach gebrachte Olabkommen gibt zwar England nur eine recht magere Genugtuung; dafür rückt aber Amerika, das schon militärisch und politisch eine feste Stellung in Persien aufgebaut hat, mit dem neuen Petrolvertrag auch wirtschaftlich in bedeutende Positionen ein, die England räumen mußte.

In Irak wird die nationalistische Bewegung nicht versäumen, den fortschreitenden Rückzug Großbritanniens aus dem Mittleren Osten auszubeuten; bei den bevorstehenden Wahlen dürfte die Forderung nach

Aufkündigung des britisch-irakischen Vertrages, der England das Recht zur Unterhaltung von Militärflugplätzen im Zweistromlande gibt, eine Hauptrolle spielen. Dies um so mehr, als die Ende Juli zustande gekommene Einigung zwischen Großbritannien und Ägypten die Räumung der Suezkanalzone und des Sudans durch die englischen Truppen bringt, die der ägyptische Nationalismus so lange und so leidenschaftlich begeht hat. Daß auch hier Amerika den (allerdings nicht so ganz ehrlichen) Makler gemacht hat, gehört zum ganzen Bild der Lage im Orient, wobei für die USA nur etwas peinlich ist, daß Israel scharf gegen die amerikanische Waffenhilfe an Ägypten, seinen unversöhnlichen Feind, protestiert. Um so zäher klammert sich nun England an Cypern, das es an Stelle von Suez zum militärischen Zentrallager im Mittelosten ausbauen will; aber hier stößt es bereits auf den einmütigen, heftigen Widerstand des Cypriotenvolkes, das seit Jahr und Tag den Anschluß an das griechische Mutterland verlangt und besonders darüber erregt ist, daß England jede Anschlußpropaganda künftig rücksichtslos zu unterdrücken angedroht hat.

Da sticht Frankreich mit seiner neuen Politik in Tunis direkt vorteilhaft von seinem britischen Verbündeten ab, hat doch Mendès-France mit raschem Entschluß dem tunesischen Volk wenigstens in inneren Angelegenheiten die Selbstbestimmung gewährt und damit die unglaublichen Fehler wieder gutzumachen begonnen, die sein Vorgänger im Außenministerium, Bidault, gegenüber Tunis begangen hat. Ob damit die Periode des blutigen Terrors in diesem französischen Protektorat wirklich ihr Ende gefunden hat, bleibt abzuwarten; viel hängt auch für Tunis davon ab, was für einen Kurs die Pariser Regierung in Marokko einzuschlagen gedenkt, wo sich Bidault unter dem Einfluß der französischen Siedler und der einheimischen Feudalherren eine besonders schwere «gaffe» geleistet hat, indem er im August 1953 den Sultan durch einen Gewaltstreich absetzen ließ und so den besten Partner Frankreichs im Bemühen um eine Befriedung des Landes entfernte.

Amerikanisch-westdeutsche Militärallianz?

Die entscheidende Probe auf Mendès-France's staatsmännische Fähigkeiten bleibt aber seine Stellungnahme zur *deutschen Frage*. Und hier sind leider die stärksten Zweifel angebracht. So geschickt und entschlossen sich der französische Ministerpräsident in der indochinesischen und der tunesischen Frage zeigte, so wenig Vertrauen erweckt die Art und Weise, wie er dem deutschen Problem entgegentritt. Übersehen wir doch ja nicht, daß Mendès kein Mann der «Linken» ist, kein Mann des Durchbruches zu einer radikalen Neuorientierung der französischen wie der internationalen Politik. Er ist klüger und hellsichtiger als die meisten Politiker der Vierten Republik, aber er steht grundsätzlich durchaus auf dem Boden der herrschen-

den Gesellschaftsordnung. Die innerpolitischen und wirtschaftlichen Reformen, für deren Durchführung er sich hat weitgehende Vollmachten erteilen lassen, sind bisher äußerst zurückhaltend und fast ausschließlich auf die (freilich bitter nötige) Rationalisierung und Modernisierung der französischen Wirtschaft gerichtet, nicht auch auf eine wirkliche Umgestaltung der Klassenstruktur, auf die Brechung der Herrschaft der sogenannten zweihundert Familien. Und demgemäß kommt auch seine Außenpolitik nicht von der Vorstellung los, daß es für Westeuropa vor allem gelte, die Gefahr einer militärischen Invasion von seiten der Sowjetunion abzuwehren*. Mendès ist kein Gegner einer «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft»; er hat sich entschieden geweigert, den Kampf Frankreichs gegen eine westdeutsche Wiederaufrüstung anzuführen, war vielmehr zunächst nur von dem taktischen Bestreben geleitet, eine solche Form der EVG zustande zu bringen, daß sich eine Mehrheit der französischen Volksvertreter – wenn auch mit etwelchem Unbehagen hüben und drüben – hinter sie stellen könnte. Das ist ihm schon an der Brüsseler Konferenz gründlich mißlungen; die übrigen EVG-Staaten wollten von einem Kompromiß dieser Art so wenig wissen wie Amerika und England. Und erst recht fand er mit diesem rein opportunistischen Schachzug in der Pariser Nationalversammlung keine Unterstützung; weder die Anhänger noch die Gegner der EVG ließen sich irgendwie bekehren, so daß der seit bald zwei Jahren so heftig umstrittene Vertrag über die Europaarmee einfach, aber unzweideutig in der Versenkung verschwand.

Das ist gewiß ein großer Vorzug gegenüber der bisherigen Unsicherheit, die alles lähmte (außer die westdeutschen Vorbereitungen für den Aufbau der neuen Wehrmacht, selbstverständlich!). Aber was soll nun weiter werden? Mendès selbst hätte wohl am liebsten eine neue, gemilderte EVG, und wahrscheinlich denkt man auch im britischen Kabinett ganz ähnlich, wäre das doch für England am bequemsten: man könnte, zusammen mit Amerika, auf Frankreich beständig drücken, damit es die westdeutsche Wiederaufrüstung schlucke, und wäre dabei doch nicht selbst Teilhaber der EVG mit ihren Verpflichtungen. Aber diese Lösung hätte schon im französischen Parlamentsbau sowenig Aussicht wie die bisherige und darf daher als erledigt betrachtet werden. Die Mehrheit der Franzosen will überhaupt keine Remilitarisierung West- oder gar Gesamtdeutschlands.

England geht infolgedessen zurzeit – im Einverständnis mit den Vereinigten Staaten – auf den Anschluß Westdeutschlands an den Atlantik-

* Der Schreibende hat unter dem Titel «Die Große Lüge» im «Zeitdienst» eine Artikelserie veröffentlicht, die die innere Unwahrheit und Haltlosigkeit dieser Vorstellung darzulegen versucht und nun als Sonderdruck erschienen ist. (Verlag «Zeitdienst», Postfach, Zürich 38. Preis 80 Rp.)

bund (NATO) aus, mit gewissen Sicherungen gegen allzu peinliche Bonner Überraschungen, aber doch mit regelrechter, von Amerika zu bewerkstelligender westdeutscher Aufrüstung. Von solchen Sicherungen (die ja freilich nur papierener Art sein könnten) will man aber in Bonn gar nichts mehr wissen; man will dort, wie Hitler in den dreißiger Jahren, völlig frei werden von allen internationalen Bindungen, die den großen Kampf gegen den Osten hemmen könnten. Wird Frankreich also wiederum – wie damals – schwach werden und seinem unruhigen Nachbarn freie Bahn für jegliches Abenteuer geben? Wenn es nur will, hat es die rechtlichen wie die politischen Mittel durchaus in der Hand, um die Aufnahme Westdeutschlands in die NATO zu verhindern.

Ähnliches gilt von dem gefährlichsten Ersatzplan für die gescheiterte EVG: einem direkten, *nur zweiseitigen Militärbündnis* zwischen den Vereinigten Staaten und Westdeutschland nach der Art der amerikanisch-spanischen Allianz. Auch dagegen könnte Frankreich als Besetzungsmacht wohl sein Veto einlegen; auf alle Fälle hätte es so starke moralische Druckmittel, um die Ausführung dieser Idee zu verhindern, daß es «nur» seiner festen Entschlossenheit zu ihrem Einsatz bedürfte, damit der ganze Plan zu Wasser wird. Das Nein müßte aber selbstverständlich ergänzt werden durch ein Ja. Es müßten gerade jetzt neue Verhandlungen mit der Sowjetunion über Deutschland aufgenommen werden. Moskau hat ja schon am 24. Juli einen entsprechenden Vorschlag den Westmächten unterbreitet, einen Vorschlag, den freilich eben jetzt nicht nur, wie üblich, Amerika und England abzulehnen im Begriffe sind, sondern auch Frankreich, hat sich doch Mendès-France unglücklicherweise in der Schlußerklärung der Brüsseler Konferenz auf die Ablehnung einer Neutralisierung und Entwaffnung Deutschlands festlegen lassen. Daran packen ihn nun England und Amerika mit grimiger Genugtuung! Aber nun müßte eben die Sowjetregierung klar und bindend mit dem bisher nie gemachten Anerbieten hervortreten, Ostdeutschland zu räumen und gesamtdeutsche Wahlen zuzulassen unter der Bedingung, daß die Westmächte ihrerseits auf die Wiederaufrüstung Deutschlands und seine Eingliederung in ihr Militär- und Blocksystem verzichten. Es fiele – trotz aller Abhängigkeit von Amerika – sowohl England wie Frankreich wahrscheinlich schwer, eine neue Viermächtekonferenz auf der Grundlage eines solchen Vorschlags rundweg abzulehnen. Um so mehr Anlaß für Moskau, ohne Zweideutigkeiten und Hintergedanken den Weg für eine wirkliche Lösung der deutschen Frage freizumachen!

Vergegenwärtigen wir uns darum in dieser entscheidungsschweren Weltstunde aufs neue, worum es bei der ewigen deutschen Frage tatsächlich geht!

Welch eine Wendung . . . ! Es ist dabei vor allem nötig, von der Lage Deutschlands bei Kriegsende auszugehen. Der Zweite Weltkrieg war – wie der Erste – vom deutschen Imperialismus und Militarismus entfesselt worden. Sein Ziel konnte also für Deutschlands Gegner in nichts anderem bestehen als in der militärischen Niederwerfung und darnach endgültigen Unschädlichmachung der Kräfte, die ihn herbeigeführt hatten. Das erste Ziel wurde erreicht; das Dritte Reich brach auf den Schlachtfeldern vollkommen zusammen. Nun galt es, den Sieg auszunützen, um ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und Nationalismus für alle Zukunft zu verhindern. Die Alliierten schienen dazu auch grimmig entschlossen. Die Staatschefs der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion stellten in Jalta am 11. Februar 1945 unzweideutig fest:

«Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen; den deutschen Generalstab, der wiederholt die Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus zuwege gebracht hat, für alle Zeiten zu zerstören; sämtliche deutschen militärischen Einrichtungen zu entfernen oder zu zerstören; die gesamte deutsche Industrie, die für militärische Produktion benutzt werden konnte, zu beseitigen oder unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen und einer schnellen Bestrafung zuzuführen sowie eine genaue, durch Leistung von Sachwerten erfolgende Wiedergutmachung der von den Deutschen verursachten Zerstörungen zu bewirken; . . . alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten und in Übereinstimmung miteinander solche Maßnahmen in Deutschland zu ergreifen, die für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit der Welt notwendig sind.»

Im Abkommen von Potsdam (2. August 1945) bestätigten die alliierten Staatsführer diese Erklärung im vollen Umfang und ergänzten sie sogar noch in zahlreichen Punkten.

Was ist daraus geworden? In allem Wesentlichen: Nichts, ja weithin das genaue Gegenteil. Die Erklärungen von Jalta und Potsdam lesen sich heute wie ein Märchen aus uralten Zeiten. Eine Gruppe britischer Labourpolitiker um Aneurin Bevan herum hat kürzlich eine kleine Schrift veröffentlicht: «It Need Not Happen» («Es hätte nicht so kommen müssen»), in der die Lage in Westdeutschland, wie sie sich kaum neun Jahre nach Kriegsende darstellt, durchaus treffend gekennzeichnet wird:

«Die Ruhrbarone sind zurück, da die Kartelle nur umgebildet wurden, und in jedem Bonner Ministerium sind die Männer in den Schlüsselstellungen entweder hervorragende Nazi wie der berüchtigte Herr Globke, der die Nürnberger (Juden-) Gesetze entworfen hat und jetzt Dr. Adenauers rechte Hand im Kanzleramt ist, oder Mitläufer, die den Verbrechen des Dritten Reiches Vorschub leisteten, auch wenn sie keine flammenden Reden zu ihrer Förderung hielten. In Westdeutschland ist tatsächlich der Kapitalismus in größerer, selbstsüchtigerer und materialistischer Form wiederaufrichtet als sonst in einem Land Europas oder Amerikas. Solange die mit amerikanischen Dollars angetriebene Hochkonjunktur anhält, werden die Nazikräfte im Hintergrund bleiben, wie sie es in den kraftlosen Jahren der Weimarer Republik getan haben.

Aber die entscheidenden Machtstellungen haben sie schon heute inne, und wenn Attlee davon redet, daß die deutsche Demokratie durch die Wiederaufrüstung Deutschlands gestärkt und gestützt werde, so übersieht er alle geschichtlichen Tatsachen. Es war ja die Verbindung eines selbstsüchtigen Monopolkapitalismus mit einer kleinen, hochtrainierten Armee und einer Minderheit glühender Nationalisten, die Wilhelms II. und dann Adolf Hitlers Ausdehnungspolitik ins Leben rief. All diese Kräfte stehen jetzt aufs neue da, und die Wiederaufrüstung wird ihre Herrschaft über die Bonner Regierung nur noch verstärken. Außerdem ist es reine Illusion, zu glauben, die neue deutsche Armee könne demokratisch sein; da es seit 1945 in Westdeutschland keine militärische Ausbildung gegeben hat, werden die Kader der zwölf deutschen Divisionen aus Offizieren und Unteroffizieren bestehen, von denen jeder einzelne in Hitlers Wehrmacht ausgebildet wurde. Und die Art von Deutschen, die heute freiwillig wieder in die Uniform schlüpfen würden, sind schwerlich Sozialdemokraten oder auch nur Anhänger der Demokratie. Die zwölf Divisionen werden somit von Nazis geführt und ausgebildet werden.»

Und es sind nicht allein Linkskreise, die so urteilen, in Deutschland selbst so wenig wie anderwärts. In Frankreich besonders, aber auch in England sind es gerade konservative Kreise, die sehr wach für die neue alldutsche Gefahr sind. Einer der besten Kenner der deutschen Mentalität, Sefton Delmer (der geniale Organisator eines der berühmten «Geheimsender aus Deutschland» während des Zweiten Weltkrieges), ist im «Daily Express» unermüdlich tätig, um die Wahrheit über das Treiben der alten und neuen Militaristen in der «pazifistisch-demokratischen» Bundesrepublik zu verbreiten. «Heute», so schrieb er letzthin,

«heute hat das Amt Blank (das Bonner Kriegsministerium. H. K.) mehr Offiziere als das Kriegsministerium Hitlers im Jahre 1936. Während damals im Kriegsministerium Hitlers 40 Generalstabsoffiziere saßen, amtieren unter Blank bereits nicht weniger als 230 Generalstabsoffiziere... Einer der Stabsoffiziere, Oberst Gieser, gab offen zu verstehen, daß niemand im westdeutschen Kriegsministerium die leiseste Absicht habe, den ‚deutschen Verteidigungsbeitrag‘, wie er so nett bezeichnet wird, auf bloße zwölf Divisionen zu begrenzen. Er hat völlig recht; denn alle, denen ich hier begegnet bin, sprechen von einem Minimum von 26 Divisionen. Andere erwähnen sogar 30 und 36 Divisionen als das Ziel Bonns.»

Das ist alles wahrlich nicht viel gesagt. Einer, der es aus erster Hand weiß, bestätigt es in vollem Umfang: der jetzt so vielgenannte Dr. Otto John, der bisherige Leiter des amtlichen westdeutschen Spionagedienstes (es gibt daneben noch einige Dutzend mehr oder weniger nichtamtliche, großenteils von den Westmächten ausgehaltene Spionageorganisationen in der Bonner Republik), der unter so sensationellen Umständen nach Ostdeutschland übergetreten ist. In Westdeutschland, so stellte er ganz sachlich fest, gewännen jetzt «die wildesten Nazi und Militaristen» die Oberhand. Die Regierungsparteien und die ganze Verwaltung seien von Anhängern eines draufgängerischen Nationalismus völlig durchsetzt; die Remilitarisierung der Bundesrepublik sei in vollem Gang, und das heiße, «daß in Westdeutschland ein neuer Versuch gemacht wird, die Strategie Hitlers und seines Generalstabs zu verwirk-

lichen, die darauf gerichtet war, den Krieg gegen den Osten von der Basis eines militärisch gleichgeschalteten Westens aus zu führen».

Wobei – wie man weiß – das Ziel eines solchen Krieges natürlich nicht nur die «Befreiung der Völker Osteuropas bis zum Ural» wäre, sondern zunächst einmal und vor allem die Rückeroberung Ostdeutschlands und der an Polen, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei verlorenen Provinzen des Dritten Reiches. Und das mit stillschweigender, ja weithin offen ausgesprochener Billigung und tätigster Mithilfe der Westmächte, insbesondere der Vereinigten Staaten, der gleichen Mächte also, deren oberste Vertreter die Erklärungen von Jalta und Potsdam unterschrieben haben! Als in den ersten Septembertagen 1870 die kaiserlich-französische Armee zusammengebrochen war und ruhmvoll kapitulierte, schickte König Wilhelm von Preußen jenes berüchtigte Telegramm nach Hause, in dem es hieß: «Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!» Man ist versucht, im Blick auf Jalta und Potsdam vom heutigen Zustand Westdeutschlands zu sagen: «Welch eine Wendung durch des Teufels Berückung!»

Treibende Kräfte

Warum aber diese erstaunliche, verhängnisvolle Wendung der Dinge in Westdeutschland und bei den alliierten Westmächten? (Denn in Ostdeutschland ist ja die Entwicklung anders, viel mehr im Einklang mit den Zielsetzungen von 1945, verlaufen, und die Sowjetunion hat nie aufgehört, auch für Westdeutschland die Verwirklichung des Programmes von Jalta und Potsdam zu fordern.)

Die erste und wohl die schwerste Schuld liegt bei den Westmächten selbst. Sie verkündeten wohl die Ausrottung des deutschen Nazismus und Militarismus; aber an einer seiner Hauptwurzeln – die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – heranzugehen und sie abzugraben, davor hüteten sie sich wohlweislich, hätten sie damit doch ihr eigenes Regime verleugnet und untergraben. Dieses Regime zu erhalten und womöglich über die ganze Erde auszubreiten – das war und blieb Sinn und Ziel ihrer Weltpolitik. Und nachdem die von Deutschland her drohende Gefahr vorerst beseitigt schien, trat mehr und mehr für sie die alte Hauptaufgabe in den Vordergrund, die Gefahr zu bannen, die der Weltgeltung des Kapitalismus vom Sozialismus und Kommunismus her drohte. Dies um so mehr, als sich mit den Jahren, im Gefolge des Zweiten Weltkrieges, die Einflußzone des Kommunismus über ganz Osteuropa und Ostasien ausgebreitet hatte und auch in West- und Südeuropa die bedenklichsten Neigungen zu Sozialismus und Kommunismus aufkamen. Und in der Abwehr dieser Gefahr – einer Gefahr, die freilich nicht militärischer, sondern wirtschaftlicher und sozialer Art war – konnte Westdeutschland eine mächtige, vielleicht entscheidende Rolle spielen. Die Ostziele des westdeutschen Großbürgertums und seiner

nationalistisch-militaristischen Gefolgschaft lagen ja in der gleichen Richtung wie diejenigen Amerikas und seiner kapitalistischen Führungs- schicht. Was lag da näher, als das Gefüge des westdeutschen Kapitalismus planmäßig wieder aufzurichten, die westdeutsche Wirtschaft mit amerikanischen Milliarden wieder in Gang zu setzen und aufzublähen und die Wiederaufrüstung Westdeutschlands energisch ins Werk zu setzen?

In der Bonner Republik ergriff man natürlich die glänzende, einmalige Gelegenheit, die sich hier bot, mit beiden Händen und nützte sie bis zum letzten aus. Führend waren und sind dabei die alten kapitalistischen Herrschaftsklassen, die nun aufs neue in den Sattel gehoben wurden. Aber sie wären dennoch ohnmächtig gewesen, wäre ihnen nicht die ganze unheilvolle Tradition des deutschen Nationalismus und Militarismus zu Hilfe gekommen, die – in tragischem Abfall von der wirklichen Sendung Deutschlands – über die deutsche Seele abermals Gewalt bekommen hat und Deutschland wie seine Umwelt zum dritten- und letztenmal in eine tödliche Katastrophe hineinzureißen droht. Niemand hat diese furchtbare Verirrung des deutschen Geistes klarer und tiefer bloßgelegt als Friedrich Wilhelm Förster in seinem lebenslangen Kampf für eine Erneuerung Deutschlands aus seinem besten, echtesten Wesen heraus. Auch in seinen politischen Erinnerungen («Erlebte Weltgeschichte») brandmarkt er, wie schon früher, die Untaten des Nazismus mit nur zuviel Recht als logische Konsequenz der ganzen neudeutschen Fehlentwicklung, als «ganz natürliche Giftblumen aus dem hundertjährigen Nationalwahn des deutschen Volkes», als «ein einzig dastehendes kollektives Verbrechen», das nur apokalyptisch gedeutet werden könne – «als Aufstand gegen alles, was auf Erden den Namen Gottes trägt und die Welt mit dem verknüpft, was nicht von dieser Welt ist».

Und dieser deutsche Nationalwahn lebt jetzt neuerdings in erschreckenden Formen unheildrohend auf. Die Europa und die Welt von Deutschland her bedrohende Gefahr, so stellt auch Förster fest, ist heute sogar größer als je, «und diejenigen, von denen sie ausgeht, haben anscheinend weit mehr Chancen für den Enderfolg, als es je zuvor der Fall gewesen ist» – eben wegen ihrer engen Verbindung mit den internationalen, vor allem den amerikanischen Kriegskräften, die sie der Gefahr eines neuen Zweifrontenkrieges enthebt und ihnen erlaubt, alle Anstrengungen auf die eine Ostfront zu konzentrieren. Förster und andere neigen allerdings dazu, umgekehrt eine künftige Verbündung Deutschlands mit Rußland zum Kampf gegen den Westen für wahrscheinlich zu halten. Aber wir fragen uns, was Deutschland – ganz abgesehen von der Sowjetunion – bei einem solchen Kampf gewinnen könnte. Wenig genug im Vergleich zu den berauschenenden Möglichkeiten, die sich seinem Imperialismus im Osten eröffnen! Zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion liegt ja doch – geographisch wie

psychologisch – Ostdeutschland, das heutige und das frühere, nach dem Zweiten Weltkrieg verlorene. Und es ist nicht abzusehen, wie Westdeutschland dieses ganze Gebiet durch friedliche Verständigung mit der Sowjetunion zurückbekommen sollte. Die Opferung Polens und der Tschechoslowakei, die manche Zyniker der Sowjetunion zumuten, wäre ja nicht nur schwarzer Verrat, sondern müßte sich so handgreiflich verhängnisvoll gegen Rußland selbst auswirken, daß es schwer vorstellbar ist, wie die um- und weitsichtig operierenden Leiter der Sowjetpolitik sich auf ein solches halsbrecherisches Abenteuer einlassen könnten. Zu so etwas wäre ein Hitler fähig, aber nicht ein Molotow und Malenkow. So daß alle realpolitische Wahrscheinlichkeit nach wie vor für eine Front Westdeutschland-Amerika gegen den Sowjetblock spricht, mit dem Ziel einer Auflösung oder Zerschlagung des ganzen kommunistischen Osteuropas. Daraus würde dann ein «mit Blut und Eisen» geeinigtes Neudeutschland hervorgehen, das von der Weichsel bis zum Amur ein ungeheures Kolonisierungs- und Ausbeutungsgebiet vor sich hätte.

Deutschland in Europa Das alles heißt also auch, daß Wiederaufrüstung Westdeutschlands und *friedliche Einigung Deutschlands* einander ausschließen. Sowohl Westdeutschland als die Westmächte lehnen darum Verhandlungen mit Ostdeutschland und dem Sowjetblock über eine friedliche Lösung der deutschen Frage ab, es sei denn, die Sowjetunion kapituliere und räume Ostdeutschland bedingungslos. Denn darauf kommt ja die Forderung nach gesamtdeutschen Wahlen hinaus, die der erste Schritt zur Lösung der deutschen Frage sein müßten; der zweite Schritt wäre dann natürlich ein westmächtlich-antikommunistisch ausgerichtetes deutsches Parlament mit einer ebensolchen Regierung, die den förmlichen Anschluß Gesamtdeutschlands an den Westblock zu vollziehen hätte. Daß es so nicht gehen kann, sollte jedem billig urteilenden Menschen eine Selbstverständlichkeit sein. *Die deutsche Einheit wird nicht auf Kosten der Lebensinteressen der Oststaaten hergestellt werden, sondern nur im Einklang mit ihnen.* Von dieser Grundtatsache muß jeder ernstzunehmende Versuch zur Lösung der deutschen Frage seinen Ausgang nehmen. Das betont sehr klar auch Herbert Mochalski in der westdeutsch-evangelischen «Stimme der Gemeinde» (1. August):

«An der Berliner Konferenz verlangten die Westmächte die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen. Die Sowjetunion hatte in ihren Noten als Voraussetzung für freie Wahlen die vorher festzulegende Ausklammerung Deutschlands aus jedem Militärbündnis, das gegen einen andern Staat gerichtet ist, verlangt. Die Westmächte verweigerten diese Ausklammerung, weil sie durch freie Wahlen die Einverleibung ganz Deutschlands in ihr Militärbündnis erhofften. Ohne diese Ausklammerung oder Neutralisierung gibt aber die Sowjetunion nicht ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen.

An der Genfer Konferenz lagen die Verhältnisse genau umgekehrt. In Genf verlangten die Ostmächte freie Wahlen in ganz Indochina, die ihnen die Westmächte ver-

weigerten, da feststand, daß in freien Wahlen ganz Indochina an Ho Chi-Minh fallen würde. Darum waren es in Genf die Westmächte, die als Voraussetzung für freie Wahlen die Ausklammerung Indochinas aus jedem Militärbündnis verlangten. Erst freie Wahlen und Neutralisierung brachten die Lösung für Indochina.

Genf hat bewiesen, daß die Wiedervereinigung eines Landes durch freie Wahlen zu einem festgelegten Termin unter der Voraussetzung der Neutralisierung zu erreichen ist. Auf diese Lösung muß auch für Deutschland zugesteuert werden. Diese Lösung ermöglicht auch die Beteiligung des wiedervereinigten Deutschlands an einem kollektiven Sicherheitssystem aller europäischen Staaten, gleich welcher gesellschaftlichen Ordnung.»

Gesamteuropäisches Sicherheitssystem – das würde also heißen, daß die deutsche Frage nicht isoliert gelöst werden kann, sondern nur im Rahmen einer Lösung des europäischen Problems überhaupt. In der Tat wird man den Deutschen Neutralisierung und Abrüstung nicht zumuten können, wenn nicht ganz Europa abrüstet und neutralisiert, also aus der Zweiteilung in feindliche Machtblöcke herausgenommen wird. Voraussetzung dazu wäre, daß sich die Teilhaber des Sicherheitssystems ihren gegenwärtigen Besitzstand gegenseitig garantieren und Veränderungen desselben nur auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen zulassen sowie daß kein Staat sich in die inneren Verhältnisse des andern einmischt, also allseitig Neutralität gegenüber den verschiedenen politischen und sozialen Systemen der Vertragsstaaten beobachtet wird. Gerade diese Voraussetzungen wollen freilich heute die Westmächte und Westdeutschland nicht erfüllen. Ihr ganzes Militär- und Allianzsystem ist ja darauf gerichtet, sei es durch bloßen ultimativen Druck, sei es durch offene Gewaltanwendung, den jetzigen Besitzstand in Europa umzustoßen und so den Kommunismus unschädlich zu machen. Die Überwindung dieser ganzen Machtpolitik und des ihr zugrunde liegenden geistigen und militärischen Antikommunismus bleibt so immer wieder das A und O jeder Anstrengung, Europa und der Welt den Frieden zu sichern.

Zweierlei Pazifismus Wir haben vorhin Försters großen Kampf gegen das deutsche Macht- und Gewaltwesen erwähnt. Dieser Kampf und die damit verbundene Klarlegung entscheidender Antriebskräfte des deutschen Nationalismus und Militarismus bleibt sein unvergänglicher Ruhm, und die ganze Welt hat Grund, ihm dafür dankbar zu sein. Nicht folgen können wir indessen Förster, wenn er aus seinen Einsichten in die Dämonie des neudeutschen Geisteszustandes eine Theorie militärischer Gewaltanwendung ableitet, die für uns im Widerspruch zu wichtigsten Grundwahrheiten des Evangeliums steht. Wir denken dabei vor allem an seine auch wieder in «Erlebte Weltgeschichte» verfochtene Lehre, daß es «eine gefährlich große Zahl von Menschen gibt, die von der Bergpredigt her in keiner Weise beeinflußbar sind und nur durch die elementaren Erziehungsmittel des Alten Testamentes in Zaum zu halten sind», also durch Ge-

waltdrohung und nötigenfalls durch Krieg. Das Evangelium sei eben kein Idealismus, sondern fasse den wirklichen Menschen ins Auge, wolle uns also keine Ratschläge aufzwingen, die in Widerspruch zu der Wirklichkeit stünden und den Menschen im Kampf mit dieser Wirklichkeit nur schwächen und entwaffnen könnten.

Das scheint uns grundsätzlich ganz irrig. Es gibt gewiß einen oberflächlichen, idealistischen Pazifismus, der die abgrundtiefe Bösartigkeit eines Gegners übersieht und daran natürlich elend scheitert. Von dieser Denkweise war zum Beispiel vor dem Ersten wie dem Zweiten Weltkrieg die Politik der Nachbarn Deutschlands weithin beeinflußt – und das Ergebnis konnte denn auch kein anderes sein als die Katastrophe. Ihr gegenüber hatte der «militärische Realismus» unbedingt das größere Recht auf seiner Seite. Der Zweite Weltkrieg wäre vermieden worden, wenn die Westmächte – wie es die Sowjetunion vergeblich vorschlug – dem neuerwachenden deutschen Nationalismus und Militarismus eine überlegene Kollektivgewalt entgegengesetzt und alle Versuche, Deutschland wieder aufzurüsten, entschlossen unterdrückt hätten. Und heute droht abermals die (gewollte) Blindheit der westlichen Welt gegenüber der westdeutschen Militärdämonie ein Unglück heraufzubeschwören, das noch unvorstellbar grauenhafter wäre als alles, was wir schon bisher erlebt haben. Solcher Haltung gegenüber beweisen die konservativ-nationalistischen Gegner der «Europa-Armee» im westmächtlichen Lager einen viel größeren Wirklichkeitssinn; einem Mendès-France, der, obgleich Jude, sich aufs neue mit dem deutschen Nationalismus einzulassen bereit ist und ihn für die «Verteidigung Europas» nutzbar zu machen sucht, ist hier ein de Gaulle oder General König weit überlegen. Und ähnliches gilt für alle ähnlichen Situationen. Hier hat der Gedanke der militärischen Abwehr der Gefahr einem seichten Friedensgerede und erst recht einem schlaftrigen Defaitismus gegenüber sicher ein sehr starkes Recht.

Nur darf er sich – und das ist nun entscheidend – mit seiner Haltung nicht «auf den tiefsten Sinn des Evangeliums selber berufen, ja sogar auf Jesu eigenes Beispiel in seiner Behandlung von Menschen, die dem geistigen Appell verschlossen waren» (Förster). Auch das, was wir militärischen Realismus genannt haben, ist ja völlig außerevangelisch, im besten Fall vorevangelisch; meistens ist es einfach Unwilligkeit, zuweilen freilich auch bloße Unfähigkeit, den evangelischen Weg zu gehen, die Folge eines menschlichen Versagens also, das zu einer mindestens fragwürdigen Notlösung greift, weil nicht rechtzeitig die wirkliche Lösung ergriffen wurde. Nicht die Bergpredigt ist es, deren «Ratschläge» gegenüber gewissen Menschentypen versagen; das Versagen liegt vielmehr bei den Menschen, die – wenn sie überhaupt an die Bergpredigt denken – in gewissen Fällen das neue Gebot Jesu einfach auf die Seite schieben und seine Forderungen als nicht unbedingt und ausnahmslos

verpflichtend erklären, weil sie dem Menschen vermeintlich zu viel zutun, namentlich im Verkehr mit besonders bösartigen Mitmenschen.

Jesus hat aber nichts davon gesagt, daß seine Forderungen, wie sie in der Bergpredigt überliefert sind, in gewissen Fällen nicht gälten. Er hat seiner Bergpredigt keinen Kommentar angehängt etwa des Inhalts: «Die Gebote, die ich euch hier gegeben habe, sind natürlich nur unverbindliche Ratschläge. Ihr könnt immerhin einen Versuch damit machen; wenn es euch aber zu schwer dünkt, das Kreuz auf euch zu nehmen, wenn eine Lage eintritt, die besondere Schwierigkeiten bietet, in der ihr euch aber gerade bewähren solltet – nun, dann laßt es eben bleiben. Handelt dann, so wie es euch gut dünkt – als realistische Weltmenschen!» Er hat dann auch nicht die Normen des Alten Testaments wieder als anwendbar erklärt, sondern im Gegenteil verkündet, daß er über das Alte Testament hinausführe: «Es ist euch gesagt von den Alten ... Ich aber sage euch!» Und dann stellte er das Gebot der Feindesliebe als eines auf, das gerade im Widerspruch zu der hergebrachten Auffassung unbedingte Gültigkeit habe. Denn wenn vor den Menschen der Unterschied zwischen Guten und Bösen, zwischen Sympathischen und Unsympathischen so maßgebend sei, daß man den einen freundlich, den anderen unfreundlich begegne, so verschwinde dieser Unterschied vor Gott vollständig. «Er läßt seine Sonne über Böse und Gute aufgehen und läßt regnen auf Gerechte und Ungerechte.» Der dahinter stehende Grundsatz, der auch Jesu übrige Lehren beherrscht, ist klar: Das Böse nicht auf dessen eigenem Boden, mit dessen eigenen Waffen bekämpfen – denn dann hat man bereits vor ihm die Waffen gestreckt –, sondern ihm die Macht nehmen, indem man alle Macht und Wirklichkeit dem Guten zuerkennt, auch wenn es zunächst durch scheinbares Nachgeben, durch Mißerfolge und Niederlagen hindurchgeht. Entscheidend für unsere Haltung darf nicht sein, ob wir es mit getauften oder ungetauften Elementen zu tun haben, sondern ob wir selbst getauft oder ungetauft sind. (Matth. 5, 56. 47.)

Das ist sicher eine gewaltige Zumutung an den natürlichen Menschen. Ich verstehe es darum sehr wohl, wenn man vom «gesunden Menschenverstand» aus die Bergpredigt ablehnt – aber dann soll man auch offen zu seiner Ausgangsposition stehen. Man mag für militärische Gewaltanwendung Gründe anführen soviel man will – aber dann soll man auch wissen und anerkennen, daß das nicht der evangelische Weg ist, sondern der menschliche, naturhafte, meinewegen der alttestamentliche. Wer sich auf Jesus beruft, kann diesen Weg nicht gehen; er muß auch in der Frage der Militärgewalt – genauer des militärischen Faustrechts, des eigenmächtigen Rechtschaffens – die Folgerungen ziehen, die dem Grundsinn von Jesu Lehre und Beispiel entsprechen. Er muß die Toten ihre Toten begraben lassen, so pietätlos und – im Falle der Vaterlandsverteidigung – unsolidarisch, ja selbstmörderisch es auch erscheinen mag.

Denn in Wirklichkeit ist es ja dennoch nicht Kapitulation vor dem Bösen; es ist nur eine andere, überlegene Art des Kampfes gegen das Böse – die Überwindung des Bösen durch das Gute. Es ist höchst sittliche Tat-kraft; es ist *wirklicher* Pazifismus, wenn es im Verhältnis der Völker zueinander geübt wird, ein Pazifismus, der auch dem militärischen Realismus weit überlegen ist, sofern man sich auf ihn radikal verläßt und ihn konsequent anwendet*.

Vom Friede schaffen

Denn das muß nun wieder einmal ganz stark betont werden: die Friedensarbeit darf sich nicht auf die Abschaffung des militärischen Krieges beschränken; sie muß sich gegen alle Formen von Vergewaltigung des Menschen durch den Menschen richten. Wir dürfen nicht nur negativ fordern: «Die Waffen nieder!», sondern müssen positiv eine Gemeinschaftsordnung schaffen, die auf sämtlichen Gebieten das Recht, die Würde und die Freiheit des Menschen zur Geltung bringt. Nur dann kann wirklicher Friede auch zwischen den Völkern werden. Wenn ich dabei die Umgestaltung unserer *wirtschaftlichen* und *sozialen* Ordnungen besonders hervorhebe, so nicht darum, weil ich die übrigen Lebensgebiete vernachlässigt wissen wollte, sondern weil gerade das Wirtschaftliche und Soziale in der Friedensarbeit vielfach zu kurz kommt. Die Folge ist, daß man dem Pazifismus oft – und das muß auch Förster gegenüber gesagt werden – Wirklichkeitsferne und praktisches Versagen zum Vorwurf macht, wo es sich in Wahrheit nur um einen *inkonsequenter* Pazifismus handelt, der zu sehr auf die militärische Seite des Friedensschaffens schaut und darob dessen andere Seiten vernachlässigt. Anders ausgedrückt: Krieg und Kriegsdrohung scheinen nur deshalb wirklichkeitsgemäßer als Nichtkrieg und Abrüstung, weil und solange man eine Gemeinschaftsordnung bestehen läßt, die immer wieder den Krieg als einzigen Ausweg zeigt. In Wahrheit ist er das – und auch nur scheinbar – lediglich deshalb, weil man die *Bedingungen nicht will*, die den Frieden dauerhaft zu machen geeignet sind. Vom Evangelium her gesehen: Die Bergpredigt erscheint nur darum als unanwendbar im Völkerleben (mindestens wenn es sich um besonders bösartige Menschentypen handelt), weil man sie nicht auch und sogar zuerst auf die wirtschaft-

* Allein von diesem Boden aus – das kann hier nur nebenbei bemerkt werden – vermögen wir auch dem Gewaltglauben der Kommunisten wirksam entgegenzutreten, die ja auch erklären, der eingefleischten Bösartigkeit der kapitalistischen und feudalen Besitzinteressen sei nur revolutionäre Militärgewalt gewachsen, und den «Sozialpazifismus» als verräterische Schwächung der Kampfkraft des Proletariats scharf ablehnen. Gegenüber dem seichten Demokratismus der bürgerlichen und «sozialistischen» Stützen des alten Regimes hat dieser soziale Militarismus unzweifelhaft ein relatives Recht; er hat aber ebenso unzweifelhaft absolut unrecht, wenn er nun ins andere Extrem verfällt und sich von der Brutalität der Gegenrevolution derart faszinieren läßt, daß er seinerseits die Sache der Revolution durch Grausamkeit und Unmenschlichkeit befleckt und schädigt.

lichen und sozialen Beziehungen der Menschen anwendet. Das ist in der Geschichte der letzten Jahrzehnte besonders deutlich mit Händen zu greifen.

Schon der Erste Weltkrieg wäre – trotz deutschem Nationalismus und Militarismus – nicht ausgebrochen, wenn die Welt nicht voller wirtschaftlicher und sozialer Konflikte gewesen wäre, die auf dem Boden des Kapitalismus und Imperialismus nicht friedlich zu lösen waren. Die Aufgabe war daher nach dem Krieg, eine neue, gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen, wobei die Verantwortung vor allem bei den Siegern lag. Aber nur in Rußland wurde die Aufgabe gesehen und ihre Lösung an die Hand genommen – und gerade da, wie dann auch sonst überall, widersetzten sich die Westmächte, im Bunde mit Japan und mit den gegenrevolutionären Kräften in Rußland selber, mit allen Mitteln der Neuordnung. Die Folgen waren verheerend:

«Man kommt schwer um den Schluß herum, daß der Krieg, wenn sie (die Alliierten) mit der Russischen Revolution gearbeitet hätten, statt gegen sie, ein halbes oder ganzes Jahr früher zu Ende gegangen wäre, und daß dann das deutsche Volk mit der Ausrottung der Wurzeln der alten Ordnung gründliche Arbeit geleistet hätte. Das italienische Volk wäre seinem Beispiel gefolgt. Europa wäre tatsächlich sozialistisch geworden, es hätte nie einen Hitler oder Mussolini, nie faschistische und reaktionäre Diktaturen in den meisten Ländern Mittel- und Westeuropas gegeben, und wir hätten nie einen Zweiten Weltkrieg bekommen.» (Zilliacus, «Mirror of the Present», p. 117.)

Statt dessen taten die Westmächte, inbegriffen Amerika, nach dem Ersten Weltkrieg alles, um die alte kapitalistische Unordnung wiederherzustellen, besonders auch in Deutschland. Die große Wirtschaftskrise, das daraus folgende Finanzchaos, die Riesenarbeitslosigkeit – all das wirkte aufs stärkste mit, den Faschismus und Nazismus zu erzeugen und den Zweiten Weltkrieg herbeizuführen. Dies um so mehr, als die Westmächte den Faschismus und Nazismus teils planmäßig, teils grob fahrlässig förderten – als sicherste Stütze des Kapitalismus (wie sie meinten) und als zuverlässigstes Werkzeug im Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus. Gleichzeitig wurde der Völkerbund durch die kapitalistischen Besitzinteressen mehr und mehr untergraben und ausgehöhlt und die Schaffung eines wirksamen Systems kollektiver Sicherheit gegen die Herrschafts- und Kriegspolitik des Nazismus und Faschismus regelrecht sabotiert. Kurz: die militärische Abwehr des Nazismus und Faschismus wurde scheinbar notwendig, weil man die wirtschaftliche und soziale Abwehr versäumt hatte, weil man sie überhaupt nicht wollte.

Hier liegt der Hauptgrund, daß man damals Förster, den Warner, nicht hörte. Und hier liegt der Grund, daß man ihn und uns andere, die wir vor der neuen deutschen Gefahr warnen, auch heute nicht hört. Denn was sich nach dem Ersten Weltkrieg ereignete, das wiederholt sich jetzt nach dem Zweiten. (Wobei ich freilich fürchte, daß Förster wenig Verständnis für diese Zusammenhänge hat. Er unterschätzt offenbar gewaltig die entscheidende Rolle, welche die kapitalistischen Besitz-

interessen in der heutigen Weltpolitik spielen, vor allem auch bei der Behandlung der deutschen Frage, die nur gelöst werden kann, wenn die Solidarität des von Amerika geführten internationalen Kapitalismus mit demjenigen Westdeutschlands gebrochen wird.) Und wenn dann das Unglück doch kommt, dann heißt es wieder: Weg mit dem weltfremden Pazifismus; jetzt kann man nur mit härtester Gewalt, mit Kanonen, Tanks und Atombomben, die Bösen zur Raison bringen!

Der gleichen Beweisführung bedient man sich schon jetzt gegenüber dem Kommunismus; oder ist es bloßer Zufall, daß wir ihr fast genau mit den selben Worten auch bei unseren Antikommunisten begegnen, die erklären, angesichts der «bolschewistischen Dämonie» gebe es nur noch die Androhung oder notfalls Anwendung kriegerischer Gewalt, und die das ebenfalls ganz bequem mit ihrem Christentum in Einklang zu bringen vermögen?

Da ist mir noch viel sympathischer der militärische Realismus der Sowjetunion und der anderen kommunistischen Staaten, die auch finden, man dürfe ihnen keine Abrüstung zumuten, solange sie es mit Gegnern zu tun hätten, die nur darauf brennten, sie mit Waffengewalt zu unterwerfen. So plausibel das vom weltlichen Standpunkt aus ist, so unhaltbar ist es zwar vom Evangelium her. Aber die Kommunisten berufen sich eben auch gar nicht auf das Evangelium, und darin bekunden sie ein klareres Unterscheidungsvermögen als die Christen, die *ihren* militärischen Realismus religiös begründen. Wobei ich allerdings weiß, daß es auch kommunistische oder dem Kommunismus zuneigende Christen gibt, die das gleichfalls tun.

Kurz, ein jeder, der für sich das Recht zur gewaltsamen Selbsthilfe in Anspruch nimmt, wenn er es mit einem Menschenschlag zu tun hat, bei dem man mit der Bergpredigt nicht weiter komme, der findet ganz sicher einen Feind, auf den dieser Fall nach seiner Meinung zutrifft. Nur daß für den einen der Feind der deutsche Nationalismus und Militarismus ist, für den zweiten der russische Kommunismus, für den dritten der amerikanische Kapitalismus – und für die Kolonialvölker der einheimische Feudalismus und der ausländische Imperialismus. Aber gerade das zeigt, wie unmöglich die ganze These von den «elementaren Erziehungsmitteln des Alten Testaments» auf christlichem Boden ist. Wer will denn objektiv entscheiden, wann und wem gegenüber diese Erziehungsmittel angebracht sind? Und wer darf für sich in Anspruch nehmen, daß *seine* Sache die des Guten sei, die Sache des Rechts, der Freiheit, der Menschlichkeit, die zuletzt nur noch mit kriegerischer Gewalt gegenüber dem Bösen, dem internationalen Verbrechertum, dem Menschheitsfeind verteidigt werden könne? Eine solche Abwehr- und Strafaktion ist höchstens in einer ausgebauten, weltumfassenden Völkerrechtsordnung möglich – und auch da stehen noch andere, sehr wirksame Zwangsmittel zur Verfügung, um den Rechtsbrecher zur Ordnung zu

weisen. Auf dem Boden der internationalen Anarchie hingegen ist jede «Polizeiaktion» völliger Willkür ausgeliefert, abhängig allein vom subjektiven Ermessen der Beteiligten, die dann Ankläger, Richter und Strafvollstrecker in einer Person wären – ein Hohn auf jedes wirkliche Rechtsverfahren*. Aus solch unmöglichem Subjektivismus führt – solange wir keine wirkliche Völkerrechtsgemeinschaft haben, deren Autorität allgemein anerkannt ist – allein die großartige Objektivität des evangelischen Gebotes heraus, und das heißt der Verzicht auf jegliche gewaltsame Selbsthilfe. Dann erleben wir nicht mehr das beschämende Schauspiel, daß jede Kriegspartei Gott als Zeugen für die Güte und Reinheit ihrer Sache anruft und jede Regierung ihr Volk zum heiligen Verteidigungskrieg gegen den Feind aufzubieten darf, der das eine Mal der Faschismus, das andere Mal der Kapitalismus und das dritte Mal der Kommunismus ist.

Einen echten Verteidigungskrieg gibt es – um es zu wiederholen – auf dem Boden des kapitalistischen Imperialismus überhaupt nicht, so wenig wie auf dem Boden des Kommunismus; dafür sind diese Ordnungen alle viel zu sehr mit sozialem Unrecht, mit Klassenherrschaft, Gewalttätigkeit aller Art und krassem nationalem Egoismus belastet. Es gibt da nur als Existenzbedrohung ausgegebene nationale Notlagen, in die man sich schuldhaft selber gebracht hat, weil man sich weigerte, das Leben der Volksgemeinschaft und die Beziehungen zu den anderen Völkern in einem Geiste zu ordnen, der Kriege ausschließt oder – sofern trotzdem ein Angriff erfolgen sollte – die nationale Selbstbehauptung auch ohne militärische Gegenwehr sichert. Der Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg ist jedenfalls in einer Staatengesellschaft, die im Innern und nach außen auf Gewalt jeglicher Art beruht, weit geringer, als die herkömmliche, von den Herrschenden so geflissentlich genährte und gar noch religiös gefärbte Anschauung wahr haben will. Sicher ist nur zweierlei:

Mit Krieg löst man keines der Probleme, die man vorher nicht friedlich lösen wollte und deren Ignorierung den Krieg erst herbeigeführt hat; man macht sie nur noch schwerer lösbar.

Und die neue Kriegstechnik schließt vollends die Erreichung irgend eines «gerechten» Kriegsziels radikal aus; Armeen, die sich ihrer bedienen, betreiben nicht Landesverteidigung, sondern Landesvernichtung.

Was bleibt uns da anderes übrig als die Preisgabe der ganzen überkommenen Militärideologie – ob nun weltlich oder geistlich begründet – und die Aufrichtung einer Ordnung kollektiver Friedenswahrung auf

* Das gilt auch von der «Polizeiaktion» in Korea, die in Wirklichkeit eigenmächtig und ohne jede auch nur halbwerts gründliche Untersuchung von den Vereinigten Staaten als Ausdruck ihrer gegenrevolutionären Ostasienpolitik ins Werk gesetzt und erst dann, zum Schein, noch von dem amerikanisch beherrschten Sicherheitsrat der UNO gutgeheißen wurde, unter Ausnutzung des Fernbleibens der Sowjetunion und ohne Vertretung der 600 Millionen Chinesen.

dem Boden wirtschaftlicher Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und politischer Freiheit? Einer solchen Gemeinschaftsordnung müßten auch wir – obschon wir das nicht als den evangelischen Weg ansehen könnten – die Mittel zubilligen, um Friedensbrecher zum Gehorsam zu zwingen. Wir sind keine Dogmatiker der Gewaltlosigkeit, so wenig wie es Gandhi oder Ragaz waren*!

Aber gerade darum müssen wir feststellen, daß die Vertreter kriegerischer Selbsthilfe (*in irgendwelcher Form*) ihrerseits einem Dogma huldigen, das die irdische Wirklichkeit, insbesondere die Wirklichkeit der neuen Kriegstechnik, verhängnisvoll ignoriert. Realismus sowohl im höchsten, göttlichen wie in einem relativen, menschlichen Sinn ist heute vor der Kriegsfrage nur noch der unbedingte Verzicht auf militärische Gewaltübung, verbunden mit der Schaffung der sittlichen und materiellen Grundlagen für eine haltbare Friedensordnung, auch und gerade wenn das die Preisgabe tiefverwurzelter Besitz- und Herrschaftsinteressen verlangt. Jeder andere Versuch, Frieden zwischen den Völkern und Klassen zu schaffen, wird sich als katastrophaler Fehlschlag erweisen.

1. September

Hugo Kramer

BUCHBESPRECHUNGEN

Dr. Hugo Kramer: *Die Große Lüge*. Sonderdruck aus dem «Zeitdienst», Geschäftsstelle: Postfach Zürich 38. 53 Seiten, Preis 60 Rp.

Den meisten Lesern der «Neuen Wege» wird der Inhalt dieser grundlegenden Schrift unseres Rundschauredaktors bereits bekannt sein; wir erachten es aber als notwendig, hier nochmals besonders auf diese hinzuweisen. *Die Große Lüge*, die nun seit Jahrzehnten in der Presse, im Rundfunk und selbst von der Kanzel aus in wohlfeiler und leichtsinniger Art wieder verbreitet und von Mund zu Mund weiter herumgeboten wird, ist als *Die Zwecklüge* im Kalten Krieg gegen den Osten, gegen den Kommunismus, im tieferen Sinne aber gegen die im Gange befindliche Soziale Revolution, zu bezeichnen. Entstanden und zusammengesetzt ist sie aus Einzellügen, ein-geübt wird sie im kleinen. In ihr werden geschichtliche Tatsachen übergangen, verschwiegen oder verkehrt, «feierlich» geschlossene Abkommen und internationale Verträge um- und hintergangen, Begriffe, wie Freiheit, Demokratie und Christentum aufs

* Leonhard Ragaz setzte sich immer für eine Völkerrechtsordnung ein, die – nach Erschöpfung anderer, besonders wirtschaftlicher Zwangsmittel – auch zu militärischer Gewaltanwendung greifen müßte, im Sinn einer wirklichen internationalen Polizeiaktion. Ich habe es sogar aus seinem Munde, daß er auch die Schwenkung der schweizerischen Sozialdemokratie zur militärischen Landesverteidigung nicht bekämpft hätte, wenn sie – «wie in der (damaligen) Tschedhoslowakei», sagte er – nur der Abwehr des Nazismus in einem demokratisch-sozialistischen Geist gedient hätte. Was er so heftig ablehnte – und wir mit ihm –, das war die «Bekehrung» der Sozialdemokratie zu einem übeln Sozialpatriotismus, entsprechend der allgemeinen Verbürgerlichung und Knochenherweichung ihrer Führerschaft.